12.10.2019

Betreff: „Antrag bezüglich Bekämpfung antijüdischer Tendenzen“

In den letzten Jahren kam es zu einem Anstieg antisemitisch und anti-israelisch motivierter Straftaten, um einige Beispiele zu nennen:

- In Halle tötet ein mutmaßlicher Rechtsextremist, nach einem gescheiterten Anschlag auf eine Synagoge, zwei Zufallsopfer.
- In Berlin kam es durch einen mutmaßlichen Islamisten zu einem Übergriff auf die Synagoge. Hier konnte nur durch den Einsatz der Wachleute Schlimmeres verhindert werden.
- Bei den mittlerweile in Deutschland jährlich wiederkehrenden Al-Kuds-Demonstrationen, gegen das Existenzrecht des Staates Israels, werden Parolen wie „Juden ins Gas“ skandiert.

Unsere Pflicht ist es ein unmissverständliches Zeichen der Distanzierung zu setzen.

Wir, die AfD-Fraktion, beantragen:

Der Kreistag möge beschließen:

1) Der Kreistag bekundet seine volle Solidarität mit den Juden in Deutschland.

2) Der Ostalbkreis setzt sich für die Durchsetzung des rechtlichen Schutzes des jüdischen Lebens ein.

3) Der Ostalbkreis tritt allen Äußerungen und Tendenzen, die das Existenzrecht Israels bestreiten, entschieden entgegen.

4) Vereine, Verbände und sonstigen Organisationen, die sich antisemitisch oder anti-israelisch äußern, erhalten keine Finanzierung oder sonstige Unterstützung durch den Ostalbkreis.

Susanne Mützel
- Fraktionsgeschäftsführerin -
AfD Kreistagsfraktion Ostalbkreis